

# HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG

Leserbrief vom 31. Juli 2002

## KONSEQUENTE TRENNUNG

Zu dem Bericht „Kultusministerin muss nicht lange überzeugen“ (Islamunterricht an Schulen) vom 24. Juli:

Dieser Vorstoß bewirkt nur auf den ersten Blick eine Gleichbehandlung der unterschiedlichen Religionen durch den Staat. Würde man diesen Weg konsequent zu Ende denken, dann müsste auch Religionsunterricht für solche Glaubensgemeinschaften eingerichtet werden, die heute noch zu den Minderheitsreligionen zählen, seien es Buddhisten, Zeugen Jehovas, Scientologen, Mormonen oder Urchristen.

Es ist zu überlegen, ob die durch das Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit nicht viel besser durch eine konsequente Trennung von Staat und Kirche zu erreichen ist. Dann würde es Ethikunterricht oder Religionskunde für Schüler aller Glaubensrichtungen in der Schule geben. Die spezielle Ausprägung des Glaubens wäre dann Privatsache und nicht mehr Gegenstand des staatlichen Schulunterrichts. Das Bundesland Brandenburg hat hier schon eine Vorreiterrolle übernommen.

Barbel

Rainer Pagel